

Opposition gegen Billiganbieter

Tiefpreise bei Beschaffungen sorgen nicht nur im Tessin für Ärger. Auch auf Bundesebene könnte der Wettbewerb eingeschränkt werden. Eine Allianz aus Ingenieuren und Baumeistern kämpft für ein schärferes Gesetz - und erhält Support aus bürgerlichen Kreisen.

Christoph Lenz
Bern

Einstimmig hat das Tessiner Kantonsparlament letzte Woche beschlossen, bestimmte Staatsaufträge nur noch ans einheimische Gewerbe zu vergeben. Für Bauaufträge bis zu einem Wert von 8,7 Millionen Franken dürfen sich nur noch Schweizer Unternehmen bewerben. Bei Waren und Dienstleistungen gilt die Schwelle von 350 000 Franken. Im Südkanton begründet man das Gesetz damit, dass die heimatische Wirtschaft gegen die italienische Billigkonkurrenz geschützt werden müsse. In der übrigen Schweiz deuten viele das Gesetz als Ausdruck eines trumpschen Protektionismus. «Ticino first», schrieb der «Blick».

Dabei drängen auch auf Bundesebene namhafte Kreise darauf hin, Billigstanbieter bei öffentlichen Beschaffungen aus dem Wettbewerb auszuschliessen und den Preiskampf generell einzuschränken. Zu ihnen zählt Heinz Marti. Der Präsident des Ingenieurverbands Usic hat letztes Jahr eigens eine neue Organisation ins Leben gerufen, die Allianz für ein fortschrittliches öffentliches Beschaffungswesen (Aföb).

Verständnis für das Tessin

Der Aföb haben sich schon 22 Organisationen aus dem Bereich Architektur, Planung und Ingenieurwesen angeschlossen. Sie alle fordern, dass bei Beschaffungen künftig vermehrt auf die Qualität und weniger auf den Preis geachtet wird. «Ich habe viel Verständnis für den Tessiner Entscheid», sagt Marti. «Es ist ein Hilferuf: Weil die Preisunterschiede



Den Preiskampf gibt es nicht nur im Tessin: Bauarbeiten am Bundeshaus. Foto: Keystone

zwischen dem Tessin und der Lombardei so massiv sind, wird das einheimische Gewerbe abgewürgt.»

Der Preiskampf habe allerdings nicht nur im Tessin ein schädliches Ausmass angenommen. Die Stundentarife für Ingenieur- und Planerleistungen würden teils nur noch 50 bis 60 Franken betragen. «Ein so scharfer Wettbewerb bei intellektuellen Dienstleistungen ist verheerend», so Marti. Zum einen zwingt dieser Preisdruck zu Minimalismus, womit verunmöglicht werde, dass durch aufwendigere Planungsarbeit insgesamt kostengünstigere Lösungen erzielt würden. Zum anderen leide die Attraktivität

des Ingenieurberufs, und der Nachwuchsmangel akzentuiere sich weiter.

Für den Gesetzgeber sind Eingriffe in den Wettbewerb allerdings gerade beim Preis knifflig. Wo fängt Dumping an? Wo überwiegt das Interesse der Steuerzahler an einem offenen Wettbewerb und tiefen Preisen? Und welche Markteinschränkungen lohnen sich bei öffentlichen Beschaffungen unter dem Strich? Nicht nur sind diese Fragen kaum in einem Gesetz zu klären. Meist hängen die Antworten davon ab, welches Gut beschafft wird, welche Branche betroffen ist und in welchem Kontext der Handel abläuft. Hinzu kommt, dass die in

der Bundesverfassung verankerte Wirtschaftsfreiheit auch die Freiheit des Unternehmers schützt, eine Leistung zu einem Preis unterhalb der realen Kosten anzubieten. Dies kann etwa dann von Interesse sein, wenn eine Firma in einen neuen Markt vorstossen und sich mit Referenzobjekten beweisen will.

Dumpingfirmen ausschliessen

Dennoch: Mit der laufenden Revision des Beschaffungsrechts hat Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann die Kritiker des Preiskampfs erhört. Neu soll im Beschaffungsgesetz verankert werden, dass die ausschreibende Stelle bei Anbietern mit ungewöhnlich tiefen Preisen eine Prüfung durchführen kann. Aföb-Co-Präsident Heinz Marti geht das jedoch nicht weit genug. «Um wirkungsvoll gegen Billigstanbieter vorgehen zu können, muss bei ungewöhnlich tiefen Preisen zwingend eine Plausibilisierung des Angebots stattfinden, und unplausible Angebote müssen aus dem Wettbewerb ausgeschlossen werden können.»

Einzelne Sektionen des Baumeisterverbands wollen sogar noch einen Schritt weiter gehen. David Equey, Chef Rechtsdienst des Waadtländer Baumeisterverbands, etwa lehnt es ab, dass die Beschaffer mit Tiefpreisanbietern das Gespräch suchen können. «Das öffnet Tür und Tor für Nachverhandlungen. So wird es noch attraktiver, mit Dumpingpreisen ins Verfahren einzusteigen.» Equey sieht die Lösung eher in einer Frist, in welcher Anbieter ihre ungewöhnlich tiefen Preise erklären können. «Gelingt es ihnen nicht, ihre Angebote innert zehn Tagen zu begründen, sollten

sie automatisch aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.»

Andere Ingenieurverbände sehen die Lösung darin, Anbietern mit ungewöhnlich tiefen Preisen in der Bewertung der Offerte nicht die volle Punktzahl zu geben. Dies allerdings würde nicht nur Unternehmen mit aggressiver Preisstrategie treffen, sondern auch Firmen, die dank Innovation tiefere Kosten erzielen.

Derzeit liegt die Totalrevision des Beschaffungsrechts, die vorrangig eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen und damit eine Stärkung des Wettbewerbs anstrebt, bei der Wirtschafts-

«Wenn die Tessiner Lösung WTO-konform ist, sollten wir sie für die ganze Schweiz einführen.»

Jean-François Rime, SVP-Nationalrat

kommission (WAK) des Nationalrats. Sie wird sich im Mai mit der Vorlage befassen. Erste Wortmeldungen zeigen, dass es Spielraum für Verschärfungen gibt. «Die Tessiner Lösung muss auch auf eidgenössischer Ebene geprüft werden», sagte SVP-Nationalrat und WAK-Mitglied Thomas Aeschi in der «NZZ am Sonntag». Und Jean-François Rime, SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, lobte in der gleichen Zeitung die Tessiner Sonderregelung als «mutige Lösung»: «Wenn die Regel WTO-konform ist, sollten wir sie für die ganze Schweiz einführen.»

Anzeige

Aussicht wie im Bilderbuch, skypen im besten Netz.

Am glücklichsten fühlen sich die Swisscom Kunden Liliane und Jörg draussen in der freien Natur. Dank des besten Netzes können sie ihre Kinder auf jeden Ausflug mitnehmen, sogar an ganz aussergewöhnliche Orte. swisscom.ch/netz



swisscom



DAS BESTE NETZ DER SCHWEIZ

Bund stoppt heiklen Export

Eine Schweizer Firma wollte Überwachungssoftware nach China liefern. Nun ist der Bund eingeschritten.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat eine Lieferung von Überwachungsmaterial nach China untersagt. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Güter missbräuchlich für Repression verwendet würden, so die Begründung für das Veto. Seco-Sprecher Fabian Maienfisch bestätigte eine Meldung des «SonntagsBlicks». Den deklarierten Empfänger der Sendung könne man zwar nicht mit Repression in Verbindung bringen, hielt Maienfisch fest. «Die möglichen Endempfänger vermutlich aber schon.» Den Namen der am Geschäft beteiligten Firma in der Schweiz gab er nicht bekannt.

Das fragliche Material diene nicht der Internet- oder der Mobilfunküberwachung, so der Seco-Sprecher. Es handle sich vielmehr um Güter für die Analyse nicht-chiffrierter Funksignale. Maienfisch umschrieb die Güter als «Sicherheitstechnologie zum Dekodieren, Aufzeichnen und Auswerten von unverschlüsselten Funkprotokollen, zum Beispiel Satellitenfunk». Derartige Software könne zur Repression eingesetzt werden. Laut dem Einzelausfuhrantrag habe die Lieferung einen Wert von rund 87 000 Franken.

«Erhebliches Risiko»

Die Unsicherheiten über den Endverbleib gaben den Ausschlag dafür, dass das Seco kein grünes Licht für die Lieferung gab. Die Dokumente zum Ausfuhrsuch hätten nicht alle Zweifel vollständig ausräumen können. Es habe somit «ein erhebliches Risiko der Weiterleitung an Stellen in China für eine missbräuchliche Verwendung» bestanden.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Bund eine Lieferung von Dual-Use-Gütern gestoppt hat, die für zivile und militärische Zwecke genutzt werden können. 2015 war dies für geplante Ausfuhr nach Vietnam und Bangladesh der Fall. 2016 war dann eine Lieferung in die Türkei betroffen. (SDA)

Nachrichten

Armee

Guy Parmelin will Reformen beim Armeepersonal

Der Schweizer Armee fehlen die Leute. Ein Bericht der internen Revision des Verteidigungsdepartements (VBS), über den die «SonntagsZeitung» berichtete, zeigt Probleme bei der Personalsituation. Der Bericht enthält die Einschätzung der Truppenkommandanten zu den Pfeilern der Grundbereitschaft der Armee. Fast die Hälfte der Kommandanten beurteilte demnach 2015 die Personalsituation als ungenügend - und nur jeder zwölfte als gut. Gründe sind fehlende Spezialisten und Kader sowie das Dispensationswesen. Die «geordnete Dienstleistung respektive Auftragsbefüllung» sei «infrage» gestellt, heisst es im Bericht vom Januar 2017. Verteidigungsminister Guy Parmelin hat nun Armeechef Philippe Rebord angewiesen, die Empfehlungen der Revisoren bis Mitte 2018 umzusetzen. (TA/SDA)

Neuenburg

SVP-Nationalrat Clottu aus Partei ausgeschlossen

Der Neuenburger SVP-Nationalrat Raymond Clottu ist aus der kantonalen Sektion seiner Partei ausgeschlossen worden. Das gab er selbst am Samstag bekannt. Die Partei wirft ihm unter anderem vor, seine Mitgliederbeiträge nicht bezahlt zu haben. Clottu schreibt, er nehme den Entscheid zur Kenntnis. Er werde nicht dagegen vorgehen, obwohl er den Ausschluss für falsch halte. Die Verfahrensregeln seien nicht eingehalten worden. Der Ausschluss aus der Kantonalpartei habe auch Auswirkungen auf sein Amt als Nationalrat, das er seit 2013 innehat, sagte Clottu. Er wolle weiterhin in der SVP-Fraktion politisieren, allerdings als Unabhängiger. (SDA)

Gesundheit

Margrit Kessler tritt als Patientenschützerin ab

Die ehemalige St. Galler Nationalrätin Margrit Kessler (GLP) tritt Ende Jahr altershalber vom Präsidium der Stiftung SPO Patientenschutz zurück. Dies berichtete der «SonntagsBlick». Wer ihre Nachfolge übernehmen wird, ist offen. Gesucht wird nach einer Person aus der Politik. Die 68-jährige Kessler präsidiert die SPO seit 1999. (SDA)